

Abschied vom Service Public

ein Staatsbetrieb auf Abwegen – die Schweizer Post

Die Schweizer Post hat mal wieder [zugeschlagen](#). Oder besser: zugesperrt. 170 [Filialen](#) sollen dichtgemacht werden. Offiziell [heisst es](#): *Das ist, was die Kunden wollen!* Vor ein paar Jahren war es noch die mangelnde Rentabilität, die als Argument herhalten musste.

Was gilt denn nun? Ist es der Wille der Kunden oder der Vollmond über dem Hauptsitz? Die Wahrheit: Es ist schlicht eine neue Runde in der Verarsche der Bevölkerung, getarnt als Fortschritt.

Von Rentabilität zu Kundenbedürfnissen: Der Kommunikations-Jongleur

Früher war die Botschaft klar: *Diese Filialen lohnen sich nicht, also müssen sie weg.* Und ja, das klingt knallhart, aber wenigstens ehrlich. Jetzt? Jetzt heisst es, die Kunden wollen es so. Welche Kunden? Hat jemand eine Umfrage gesehen, in der das Volk geschlossen sagte: *Bitte nehmt uns die letzte Poststelle im Dorf weg, wir fahren so gerne 20 Kilometer, um unser Paket abzugeben!* Natürlich nicht. Was hier passiert, ist die Umdeutung einer internen Agenda in einen angeblichen Volkswillen. PR auf unterstem Niveau.

Aber das passt ins Bild: Erst wollte man uns Rentabilität als heiliges Gebot verkaufen, jetzt ist plötzlich der Kunde schuld. Die Wahrheit ist viel simpler. Es geht um den Weg in die Digitalisierung – und zwar mit aller Gewalt.

Digitalisierung: Fortschritt oder Zwangsjacke?

Die Post will digital werden, koste es, was es wolle. Nicht, weil die Kunden das unbedingt verlangen, sondern weil es der bequemste Weg ist, Kosten zu senken. Physische Poststellen? Zu teuer. Persönlicher Service? Unnötig. Stattdessen: Apps, Online-Dienste und Automaten. Das spart Personal, Mieten und Nerven – zumindest auf der Management-Etage.

Und hier kommt die perfide Strategie ins Spiel. Je weniger physische Infrastruktur da ist, desto abhängiger werden die Kunden von digitalen Angeboten. Und genau das ist der Plan. Nicht mehr Bargeld abgeben, sondern nur noch Twint. Keine

physischen Billette mehr, sondern nur noch QR-Codes. Und ganz nebenbei wird das gläserne Bürgerdasein zementiert.

Die Post und die E-ID: Ein Duo mit Hintergedanken

Man erinnere sich an den Volksentscheid von 2021: Das E-ID-Gesetz wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Aber die Post hat den Wink des Volkes nicht verstanden – oder besser gesagt, bewusst ignoriert.

- **E-ID durch die Hintertür:** Die Post hat ihre eigene digitale ID-Plattform entwickelt, die inzwischen aktiv beworben wird. Es geht hier nicht nur darum, dass die Kunden ihre Identität bequem online verifizieren können. Nein, die Post positioniert sich als zentraler Akteur in der Infrastruktur für digitale Identitäten – ein Markt, der langfristig Milliarden verspricht.
- **Patientendossier und Co.:** Besonders aggressiv wird die E-ID in Verbindung mit dem elektronischen Patientendossier propagiert. Auch hier zeigt sich der Wahnsinn: Die Post agiert nicht mehr als neutraler Serviceanbieter, sondern als politischer Player, der Volksentscheide kurzerhand ignoriert.

Die Post wird damit zu einem Katalysator für die Digitalisierung des Lebens. Und das Beste: Der Öffentlichkeit wird es als Komfort verkauft.

Privatisieren, bitte!

Wenn es der Post wirklich um Rentabilität ginge, wäre die Lösung einfach: Privatisierung. Dann könnten sie schliessen, was immer sie wollen, und sich dabei auf ökonomische Argumente berufen. Doch so weit will man nicht gehen. Denn Privatisierung würde auch heissen, dass die Post ihren politischen Einfluss verliert. Der Staat will die Kontrolle behalten – und gleichzeitig den Service Public schleichend abbauen. Eine Win-Win-Situation für die Entscheider, eine Lose-Lose-Situation für die Kunden.

Managementgehälter: Sparen am falschen Ende?

Während die Post also fleissig Filialen schliesst und den Rotstift ansetzt, stellt sich die Frage: Warum nicht bei den eigenen Spitzengehältern anfangen? Schliesslich ist die Post ein Staatsbetrieb, finanziert von Steuergeldern und den Gebühren der

Bürger.

- **CEO-Gehalt:** Roberto Cirillo, der CEO der Schweizerischen Post, verdiente im Jahr 2023 **1'036'182 CHF**, inklusive fixer und variabler Vergütungen sowie Nebenleistungen.
- **Verwaltungsrat:** Die neun Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten 2023 **971'340 CHF**, wovon ein erheblicher Teil auf Nebenleistungen entfiel.
- **Konzernleitung:** Insgesamt wurden **6,04 Millionen CHF** an die Konzernleitung ausgeschüttet, inklusive Sozialversicherungen und Vorsorge.

Angesichts solcher [Summen](#) wirkt es geradezu zynisch, wenn aus Rentabilitätsgründen Filialen geschlossen werden. Warum nicht zuerst die eigenen Bezüge kürzen? Oder ist der Gürtel nur für die Basis enger zu schnallen, während oben weiter in Saus und Braus gelebt wird?

Verschwinden der Briefe: Der Plan hinter der Digitalisierung?

Ein wenig Fantasie (bzw. Verschwörungsrealismus) reicht, um zu erkennen, dass es bei der Digitalisierung der Post nicht nur um Effizienz geht. Handgeschriebene Briefe, die in einem Umschlag stecken, sind sicher. Sie werden von niemandem gescannt, analysiert oder von Algorithmen auf *Missinformationen* oder *Hassrede* geprüft. Sie sind privat. Und genau hier liegt das Problem für all jene, die eine total überwachte Gesellschaft anstreben.

Während digitale Kommunikation durch KI-Systeme (Künstliche Intelligenz) leicht analysiert werden kann, bleiben handschriftliche Dokumente ausserhalb dieser Kontrollmechanismen. Es passt ins Bild: Die grossen Tech-Akteure, das World Economic Forum, die EU-Kommission und UN-Initiativen wie die *Global Digital Compact*, betonen immer wieder, wie wichtig es sei, *Desinformation zu bekämpfen*. Handgeschriebene Briefe, die diese Mechanismen umgehen, passen da nicht ins Konzept.

George Orwell wäre vermutlich beeindruckt von der Effizienz, mit der diese moderne Zensur funktioniert. Sein Konzept des *Gedankenkontrollministeriums* wäre heute ein hochautomatisiertes System, das auf E-Mails, Social Media und digitale ID-Daten zugreift. Und während man uns erzählt, dies alles diene unserer Sicherheit, geht ein fundamentales Recht verloren: das Recht auf private, unüberwachte Kommunikation.

Die Digitalisierung des Postwesens ist nur der nächste Schritt, um analoge Lösungen wie Briefe und Bargeld komplett zu eliminieren. Wenn der letzte Briefkasten entfernt wurde, wird man sagen: *Niemand hat euch gezwungen. Ihr habt euch doch freiwillig digitalisiert.*

Der Waldkauf: Geld versenken leicht gemacht

Als wäre das nicht genug, investiert die Post auch noch in deutsche [Wälder](#) – ein scheinbar klimafreundlicher Schachzug, der sich als finanzielles Luftsiegel entpuppt. 70 Millionen Euro wurden ausgegeben, ohne vorher zu prüfen, ob diese Investition überhaupt sinnvoll ist. Statt Klimazertifikaten gibt es jetzt Borkenkäfer. Aber hey, Hauptsache, das Budget ist ausgegeben.

Die Frage ist berechtigt: Ging es hier wirklich um Nachhaltigkeit, oder wollte man vor dem Abgang von Cirillo noch ein paar Mittel so parken, dass der Nachfolger nichts mehr damit anfangen kann? Der Verdacht liegt nahe.

Digitalisierung statt Dialog: Wie die Post ihre Kunden verärgert

Die Schweizer Post hat sich von einem Dienstleister für die Bürger zu einem Instrument der Digitalisierung und politischen Agenda entwickelt. Rentabilität? Ein vorgeschoßenes Argument. Kundenbedürfnisse? Eine PR-Erfindung. Was bleibt, ist der schrittweise Abbau von Infrastruktur und der Zwang in die digitale Welt.

Die Schliessung von 170 Filialen ist kein Einzelfall, sondern ein Symptom eines grösseren Problems: Ein staatsnahes Unternehmen, das immer weniger für den Service Public steht und immer mehr für die Zentralisierung von Kontrolle.

Der Widerstand auf Gemeindeebene ist der einzige Weg, um diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Denn eines ist klar: Wenn die Post mit ihrer Strategie durchkommt, wird es weitergehen. Nach den Poststellen sind die Billettautomaten dran. Danach das Bargeld. Und irgendwann stehen wir da – digitalisiert, überwacht und ohne Alternativen.